

KOMMUNALWAHLEN 2019

Hier bin ich zu Hause,
hier gestalte ich mit.



Baden-
Württemberg

Positionen und Forderungen zum Thema Beteiligung

Ihre Ansprechpartner:

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Alexander Gromann-Bross

Telefon: +49 761 8974-142

E-Mail: gromann-bross@caritas-dicv-fr.de

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Dr. Jessica Karagöl

Telefon: +49 711 2633-1145

E-Mail: karagoel.j@caritas-dicvrs.de

Beteiligung aktiv fördern

Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden

Beteiligung ist kein Selbstläufer. Damit Beteiligung gelingen kann, d.h. professionell, qualitativ hochwertig und für alle Beteiligten zufriedenstellend umgesetzt werden kann, ist eine entsprechende Infrastruktur unverzichtbar. Für die Planung, Umsetzung und Fortschreibung von Partizipationsvorhaben müssen ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sodass bspw. die Einrichtung oder der Ausbau von kommunalen Stabstellen (wie etwa Bürger-, Ehrenamts- oder Inklusionsbeauftragten) sowie deren finanzielle Ausstattung zur Förderung von Beteiligungsprozessen (moderierte Runde Tische, Erstellung von Materialien, Durchführung von Evaluationsmaßnahmen) auf lange Sicht gewährleistet sind.

Anlaufstellen identifizieren, vernetzen und unterstützen

Die oben genannten Personen müssen als Anlaufstellen hinreichend bekannt gemacht werden. Daneben gilt es, weitere Anlaufstellen vor Ort zu identifizieren (lokale Freiwilligenagenturen, Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden, soziokulturelle Zentren, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenzentren, etc.) und zu unterstützen. Die Vernetzung dieser verschiedenen Einrichtungen untereinander sowie mit den entsprechenden Schaltstellen in Politik und Verwaltung muss aktiv und strukturiert vorangetrieben werden.

Haltung zeigen – Beteiligung als Kultur verankern

Beteiligung ist auch eine Handlungsfrage – sowohl auf Seiten von Politik und Verwaltung als auch der Bürger*innen. Auf Seiten von Politik und Verwaltung darf Beteiligung nicht allein auf die dafür zuständigen Stabstellen und Ansprechpersonen abgeschoben werden, und freiwillig Engagierte dürfen nicht als „Erfüllungsgehilfen“ der Verwaltung betrachtet werden. Stattdessen muss Partizipation als Kultur verankert werden, die von allen Lokalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeitenden mitgetragen wird und dann in flexible Lösungen und niedrigschwellige Unterstützungsmaßnahmen mündet.

Umsetzung von Beteiligung

Pseudo- oder Alibi-Partizipation vermeiden

Wo Beteiligung versprochen wird und Bürger*innen dann lediglich frühzeitig informiert werden, über zweitrangige Punkte entscheiden dürfen, während die Kernfragen Politik und Verwaltung vorbehalten bleiben, oder Entscheidungen der Bürger*innen zu eben jenen Kernfragen übergangen werden, entsteht Frust. Im schlimmsten Fall wird das Vertrauen in die Politik nachhaltig beschädigt. Bürgerbeteiligung gelingt dann, wenn Kommunalpolitiker*innen und -verwaltungen die Bürger*innen als Partner verstehen und grundsätzlich bereit sind, deren Entscheidungen mitzutragen, selbst wenn sie von den eigenen Vorstellungen abweichen.

Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten schaffen

Unterschiedliche Themen und Fragestellungen verlangen nach unterschiedlichen Möglichkeiten der Beteiligung. Idealerweise werden repräsentative Formen der Beteiligung (Wahlen) durch direktdemokratische (etwa Bürgerbegehren und –entscheide) und deliberative (bspw. Runde Tische, Bürgerwerkstätten) ergänzt. Kommunale Politik und Verwaltung sind dazu aufgefordert, fortwährend zu prüfen, welche Formen der Beteiligung wann angemessen sind sowie entsprechende Wünsche und Forderungen der Bevölkerung aufzunehmen. Hierfür kann es nötig sein, dass Abläufe in Politik und Verwaltung angepasst werden müssen, bspw. wenn Bürger*innen frühzeitig konkrete Informationen zu einem Vorhaben vorgelegt werden müssen, damit diese sich kompetent in den weiteren Prozess einbringen können.

Von Fall zu Fall: Passgenaue Formen der Beteiligung auswählen

Trotz der vielfältigen Chancen und Möglichkeiten, die Beteiligung bietet: Sie ist kein Allheilmittel zur Lösung aller Konflikte. Nicht alle Wünsche und Forderungen von Bürger*innen, selbst wenn sie von einer Mehrheit vorgetragen werden, können umgesetzt werden, und nicht alle problematischen Fragestellungen lösen sich durch Beteiligungsformate in Wohlwollen auf. Eine frühzeitige und passgenaue Form der Beteiligung kann aber dazu beitragen, Vorhaben anzupassen und Kompromisse zu finden. Auf diese Weise können gegenseitiger Respekt und Vertrauen gefördert sowie die Akzeptanz von Politikentscheidungen verbessert werden.

Beteiligung als inklusiver Prozess

Inklusion bei der Wahl des Beteiligungsformats mitdenken

Mehrstufige Beteiligungsverfahren können das Mittel der Wahl sein, wenn es darum geht, Menschen unterschiedlicher Hintergründe Beteiligung zu ermöglichen. Hier hat jeder und jede die Möglichkeit, sich auf die bevorzugte Weise einzubringen. Auch die Auswahl von Zu-

fallsbürger*innen (etwa aus dem Melderegister) kann für mehr Diversität in diesen Prozessen sorgen. Zudem kann es zielführend sein, lokale Orte der Zusammenkunft zu identifizieren (Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäuser, etc.) und dort mit Personen in Kontakt zu treten, sei es im Rahmen von Veranstaltungen oder informellen Gesprächen. Von einer Monetarisierung des Ehrenamts, verbunden mit der Hoffnung, damit Menschen mit geringem Einkommen für ein solches Engagement gewinnen zu können, ist jedoch dringend abzuraten (Auslagen, etwa für Fahrtickets, sollten selbstredend erstattet werden).

Niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen

Damit sich möglichst viele Menschen beteiligen können, gilt es, bei allen Maßnahmen auf Niedrigschwelligkeit zu achten. Räumlichkeiten, in denen Veranstaltungen abgehalten werden, sollten selbstredend barrierefrei gestaltet sein; Materialien sollten auch in leichter Sprache bzw. in Fremdsprachen zur Verfügung gestellt werden und Kommunikation erfolgt frühzeitig über verschiedene Kanäle (Amtsblätter, lokale Zeitungen, Online, Informationsveranstaltungen, etc.).

Kinder und Jugendliche beteiligen

Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein erklärtes Ziel der Landespolitik und wurde daher bei der Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2015 gestärkt. Die konkrete Ausgestaltung entsprechender Maßnahmen obliegt der Kommune. Etablierte Formate sind bspw. Jugendgemeinderäte, Kinderparlamente, Jugendforen, etc. Wie bei allen Formen der Beteiligung ist auch hier darauf zu achten, dass es sich nicht um Alibi-Partizipation handelt, da dies auch bei Kindern und Jugendlichen zu Frustration und einem Vertrauensverlust in Politik führt.

Beteiligung darf nicht instrumentalisiert werden

Beteiligung meint nicht „Krisenmanagement“

Egal, ob als Einzelperson, in einer Initiative oder einem Verein: Freiwillig Engagierte sind nicht die „schnelle Eingreiftruppe“, die, wenn Not am Mann ist, einschreitet oder Folgen von kommunalen Fehlentscheidungen ausbügelt. Alle Beteiligten – das heißt, Lokalpolitiker*innen, Mitarbeitende der Verwaltung, die Engagierten und entsprechende Einrichtungen, an denen Engagement ausgeübt wird – sind hierfür zu sensibilisieren, Rollen sind entsprechend zu klären.

Beteiligung darf nicht zur Legitimation der eigenen Politik missbraucht werden

Entscheidungen und Wünsche von Bürger*innen dürfen nicht nur dann berücksichtigt werden, wenn sie der Untermauerung von Interessen und Vorstellungen von Lokalpolitiker*innen bzw. kommunaler Verwaltungen dienen. Im Gegenteil: Diese sind dafür zu sensibilisieren, dass ihr eigener Planungs- Und Entscheidungsspielraum eingeschränkt werden kann.